



Die Schwächsten trifft es am stärksten: Pakistan verlangt Schuldenerlass und Klimagerechtigkeit

Tanupriya Singh, 03.12.2022

Mehr als 1.700 Menschen verloren ihr Leben in den Wassermassen, die immer noch Teile Pakistan überschwemmen. Infrastrukturen und die Gesundheitsversorgung sind zusammengebrochen, Ernten ausgefallen, die Regierung ist unfähig zu effektiver Hilfeleistung. Ein Rettungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) zwingt zu Liberalisierung, Privatisierung und dramatischer Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Mitten in dieser Krise fordern Aktivist*innen Schuldenerlass und Klimareparationen.

Die Überschwemmung ist zurückgegangen. Doch die Menschen in Pakistan versuchen immer noch, mit dem Tod und der Verwüstung fertig zu werden, die die Fluten hinterlassen haben. Die Wasserfluten, die zwischen Juni und September über das Land hinwegfegten, haben bis zum 18. November mehr als 1.700 Menschen getötet, mehr als 12.800 verletzt und Millionen von Menschen vertrieben.

Das Ausmaß der Zerstörung in Pakistan war noch offensichtlich, als sich die Welt im November zur UN-Klimakonferenz COP27 in Sharm el-Sheikh, Ägypten, aufmachte. Pakistan war eines von zwei Ländern, die eingeladen waren, den Ko-Vorsitz des Gipfels zu übernehmen. Das Land hatte auch den Vorsitz der Gruppe der 77 (G77) und Chinas für 2022 inne und trug entscheidend dazu bei, dass die Einrichtung eines Fonds für Verluste und Schäden nach jahrzehntelangem Widerstand des globalen Nordens endlich auf die Tagesordnung des Gipfels gesetzt wurde. "Die Dystopie ist bereits vor unserer Haustür angekommen", sagte die pakistanische Ministerin für Klimawandel, Sherry Rehman, gegenüber Reuters.

In der ersten Septemberwoche gingen die Hilferufe in Proteste über, als die Überlebenden, die unter freiem Himmel und an den Straßenrändern lebten, an Hunger, Krankheit und dem Mangel an Unterkünften starben. Teile der am stärksten betroffenen Provinz Sindh, darunter die Bezirke Dadu und Khairpur, blieben bis Mitte November überflutet. In der Zwischenzeit warteten einige Gebiete des verarmten und überwiegend ländlichen Belutschistan, wo die Bevölkerung seit Juli um Hilfe gebeten hatte, monatelang auf Unterstützung.

„Die Überschwemmungen trafen zunächst Lasbela, das näher an Karachi liegt, so dass die Menschen Hilfe leisten konnten, aber als sich die Überschwemmungen auf andere Teile Belutschistans ausbreiteten, wurde die Lage katastrophal“, erklärte Khurram Ali, Generalsekretär der Awami Workers Party (AWP, sozialistische Arbeiter*innenpartei), gegenüber Peoples Dispatch. "Die Infrastruktur von Belutschistan wurde vernachlässigt, die Straßen sind beschädigt, und Dämme und Brücken wurden nicht repariert."

Die Überschwemmungen haben zu einem massiven Zusammenbruch der Infrastruktur geführt, was die Rettungs- und Hilfsbemühungen weiterhin behindert. Laut einem Bericht der pakistanischen Katastrophenschutzbehörde (NDMA) vom 18. November wurden mehr als 13.000 Kilometer Straßen und 439 Brücken zerstört. In einem Gespräch mit Peoples Dispatch im September sagte Taimur Rahman, Generalsekretär der Mazdoor Kissan Party (PMKP, pakistanische Arbeiter- und Bauernpartei), dass die Regierung nicht in der Lage gewesen sei, "in großem Umfang effektiv Hilfe zu leisten oder sicherzustellen, dass sie dort ankommt, wo sie ankommen sollte". Dies habe auch dazu geführt, dass Verbrecherbanden, die Hilfsgüter von Lastwagen beschlagnahmten und sie verkauften, Profit gemacht hätten, fügte Rahman hinzu.

Unter diesen Umständen haben linke und fortschrittliche Organisationen wie die AWP und die PKMP versucht, die Lücken zu füllen, indem sie die Menschen mit grundlegenden Dingen versorgten, um die Folgen der Katastrophe zu überleben.

Kaskaden von Krisen

Am 17. September warnte die WHO vor einer "zweiten Katastrophe" in Pakistan - "einer Welle von Krankheiten und Tod nach der Katastrophe, die mit dem Klimawandel zusammenhängt". Nach Schätzungen der WHO wurden landesweit mehr als 2.000 Gesundheitseinrichtungen ganz oder teilweise beschädigt oder zerstört, und das zu einer Zeit, in der ein immer größerer Teil der Bevölkerung unter Krankheiten wie COVID-19, Malaria, Denguefieber, Cholera, Ruhr und Atemwegserkrankungen leiden. In Pakistan, das bereits vor den Überschwemmungen eine hohe Müttersterblichkeitsrate aufwies, benötigen mehr als 130.000 schwangere Frauen dringend medizinische Versorgung.

Die Schäden in der Landwirtschaft, wo 4,4 Millionen Hektar Ernten zerstört wurden, haben die Angst vor einem drohenden Massenhunger geschürt. In einem Bericht des Welternährungsprogramms vom Juli 2022 wird geschätzt, dass sich zwischen Juli und November 2022 bereits 5,9 Millionen Menschen in den Provinzen Belutschistan, Khyber Pakhtunkhwa und Sindh in den Phasen "Krise" und "Notfall" der Ernährungsunsicherheit befinden.

Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten werden von Dezember 2022 bis März 2023 schätzungsweise 14,6 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelforthilfe angewiesen sein. In einigen Distrikten, vor allem in Sindh und Belutschistan, hat die Unterernährung bereits die Notfallschwelle überschritten.

Es wurde nicht nur die Sommerernte vernichtet, sondern auch die Winterkulturen wie Weizen sind gefährdet, da es in einigen Gebieten wie Sindh Monate dauern könnte, bis sich das Wasser zurückzieht. Etwa 1,1 Millionen landwirtschaftliche Nutztiere sind bisher durch die Überschwemmungen umgekommen.

Dieser Verlust an Leben und Lebensgrundlagen fand vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise statt, die durch ein Leistungsbilanzdefizit und schwindende Devisenreserven gekennzeichnet ist. Dann schaltete sich der Internationale Währungsfonds ein. Um ein ins Stocken geratenes 6-Milliarden-Dollar-Rettungsprogramm mit dem Fonds wieder aufzunehmen, verhängte die pakistanische Regierung Mitte Juni eine Erhöhung der Kraftstoffpreise und eine Rücknahme der Subventionen. "Die Bedingungen, die uns der IWF gestellt hat, haben die Inflation und die Krise der Lebenshaltungskosten verschärft", erklärte Rahman. "Sie haben Pakistan eine Steuerpolitik auferlegt, die einerseits

versucht, den Staatshaushalt auszugleichen, andererseits aber den Wohlstand der Bevölkerung untergräbt und einen so katastrophalen Anstieg der Lebenshaltungskosten verursacht, dass Millionen von Menschen zu Armut und Hunger verurteilt werden."

Ende August hatte der IWF ein Rettungspaket in Höhe von mehr als 1,1 Milliarden Dollar genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt war der pakistanische Verbraucherpreisindex auf 27,3 Prozent gestiegen, den höchsten Stand seit fast 50 Jahren, und die Inflation bei Lebensmitteln lag bei 29,5 Prozent im Jahresvergleich. Im September 2022 waren die Preise für Gemüse um 500 Prozent gestiegen.

"Wir haben den IWF um 1,1 Milliarden Dollar gebeten, doch der Schaden für die pakistanische Wirtschaft beträgt mindestens 11 Milliarden Dollar", sagte Rahman. Nach Angaben der Weltbank belaufen sich die durch die Überschwemmungen verursachten Schäden inzwischen auf 40 Milliarden Dollar. "Der IWF fordert uns immer wieder auf, Zollschränken zu senken, Subventionen abzubauen, den Handel zu liberalisieren, die Staatsbank unabhängig zu machen, das Privatkapital und das Bankwesen zu deregulieren und den Haushalt auszugleichen", fügte er hinzu.

"Die Axt fällt immer auf die Schwächsten", sagte Rahman. "Mehr als die Hälfte des Haushalts, der an sich nur einen kleinen Teil des BIP ausmacht, fließt in die Schuldentilgung, ein weiteres Viertel geht an das Militär und dann bleibt nichts mehr übrig. Die Regierung ist im Grunde bankrott".

"Der Rat des IWF ist immer derselbe: Schaltet den Staat aus, lasst den privaten Markt machen, was er macht. Nun, schauen Sie sich an, was er getan hat: Er hat Pakistans Wirtschaft zerstört. ... Die Auferlegung von Sparmaßnahmen zu einer Zeit, in der Pakistan mit solch massiven Überschwemmungen zu kämpfen hat und die Wirtschaft sich im freien Fall befindet, ist das Äquivalent zu dem, was der britische Kolonialstaat während der Hungersnot in Bengalen tat - er nahm die Nahrungsmittel weg."

Pakistan wird gezwungen sein, sich noch mehr Geld zu leihen, um seine wachsenden Schulden zurückzuzahlen, während die Bedingungen des IWF jede sinnvolle Erholung für die Armen und Ausgegrenzten verhindern. Der Fonds hat Pakistan jetzt noch härtere Bedingungen auferlegt, um als Reaktion auf die Überschwemmungen 3,5 Milliarden Dollar freizugeben, was nicht annähernd ausreicht, um den wirtschaftlichen Schaden von 30 Milliarden Dollar zu beheben. Zu den Bedingungen gehören eine Erhöhung der Gas- und Strompreise sowie Kürzungen bei den Entwicklungsausgaben. In diesem Zusammenhang fordern politische Aktivist*innen einen vollständigen Schuldenerlass und Klimareparationen für Pakistan.

Der globale Norden muss zahlen

Zwischen 2010 und 2019 wurden 15,5 Millionen Pakistani durch Naturkatastrophen vertrieben. Pakistan hat weniger als 1 Prozent zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen, steht aber dennoch an vorderster Front der Klimakrise. Der pakistanische Botschafter Munir Akram, der die Eröffnungsrede der G77 und Chinas auf der COP27 hielt, betonte: "Wir leben in einer Zeit, in der viele Entwicklungsländer bereits von beispiellos verheerenden Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, obwohl sie nur sehr wenig dazu beigetragen haben... Verstärkte Solidarität und Zusammenarbeit zur Bewältigung von Verlusten und Schäden ist keine Wohltätigkeit, sondern Klimagerechtigkeit."

In seinem Bericht vom Februar räumte der Weltklimarat der Vereinten Nationen ein, dass "historische und andauernde Muster der Ungerechtigkeit wie der Kolonialismus" die Anfälligkeit für den Klimawandel verschärft haben. Doch während der Globale Süden mit einer existenziellen Bedrohung konfrontiert ist, behindert der Globale Norden aktiv die Bemühungen um Wiedergutmachung.

"Bei der Wiedergutmachung geht es darum, sich das zurückzuholen, was einem geschuldet wird", sagte der Umweltschützer Ahmad Rafay Alam gegenüber Peoples Dispatch. "In dem Maße, wie die Klimakrise wächst, wird dieser Diskurs [über Wiedergutmachung] stärker werden. Er wird nicht nur aus Pakistan kommen, sondern auch aus Orten wie Afghanistan, wo die Menschen keine Infrastruktur haben und im Winter frieren... Wir werden ihn hören, wenn die Malediven und die Seychellen zu sinken beginnen."

Während sich dieser Kampf auf globaler Ebene abspielt, herrscht auch in Pakistan berechtigte Wut darüber, dass die Regierung es versäumt hat, sich auf die Krise vorzubereiten, insbesondere nach den tödlichen Überschwemmungen von 2010. "Jeder hat damit gerechnet, dass dieser Monsun katastrophal sein würde, und die Nationale Katastrophenschutzbehörde hatte genug Zeit, sich vorzubereiten", so Khurram Ali. "Es gibt jedoch nichts, was man finden könnte, was die NDMA getan hat, um sich auf diese Monsune vorzubereiten. Tatsächlich gibt es nicht einmal eine Abteilung, die Vorsichtsmaßnahmen ergreift."

Es sei von entscheidender Bedeutung, die Regierung für ihre mangelnde Vorbereitung, die den Schaden hätte begrenzen können, zur Verantwortung zu ziehen, meint Alam. Angesichts des schieren Ausmaßes der Auswirkungen der Klimakrise auf den Globalen Süden stößt die Diskussion über Anpassung jedoch an ihre Grenzen. Alam betonte: "Man kann sich einfach nicht an einen 100 Kilometer langen See anpassen, der sich mitten in einer Provinz bildet."

Aktivist*innen machen auf Infrastrukturprojekte aufmerksam, die der Staat verfolgt, und darauf, wie diese die Umwelt und die Gemeinden gefährden. "Beim Wiederaufbau ist es wichtig, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen", sagte Alam.

"Die Maßnahmen, die sich negativ auf Flussbetten und andere empfindliche Gebiete auswirken, das sind doch Entwicklungsprojekte selbst", sagte Khurram Ali. Er wies darauf hin, dass die Entwicklung oft auf landwirtschaftlichen oder ökologisch sensiblen Flächen wie Wäldern stattfindet, was die Dramatik künftiger Krisen noch erhöht.

"Es ist eine sehr gefährliche Situation, weil die imperialistische Profitmacherei das Klima zerstört und Regionen betrifft, die bereits unterentwickelt sind. Wir leben in Pakistan unter halbfeudalen, halbkolonialen Bedingungen, mit einer starken Verflechtung zwischen den imperialistischen Mächten und den Kapitalisten, die alle mit unserem Elend Geld verdienen", betonte Khurram Ali.

"Wir haben keine andere Möglichkeit, als diese Kräfte zu bekämpfen; es gibt keine andere Möglichkeit als eine Revolution des Volkes."

Übersetzung: Christa Wichterich

Die Autorin

Tanupriya Singh ist Autorin bei Peoples Dispatch und lebt in Delhi. Dieser Artikel wurde in Zusammenarbeit von Peoples Dispatch und Globetrotter erstellt.

Quelle

Der Beitrag erschien am 3. Dezember 2022 in Countercurrents

<https://countercurrents.org/2022/12/the-ax-always-falls-on-the-most-vulnerable-pakistan-demands-debt-cancellation-and-climate-justice/>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Sternstr. 2

20357 Hamburg

speak.up@globe-spotting.de

www.globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Speak Up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen

Redaktionsnetzwerks Südasiens in Kooperation mit

dem Themendienst Globe spotting

GLOBE SPOTTING

Themendienst
Reportagen & Analysen

